

Gemeinde Schondorf am Ammersee



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 6. Dezember 2023
im Sitzungssaal des Rathauses Schondorf

Vorsitz:

Erster Bürgermeister Alexander Herrmann

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Thomas Betz
Michael Deininger
Andreas Ernst
Helga Gall
Rudi Hoffmann
Bettina Hölzle
Rainer Jünger
Luzius Kloker
Franziska Königl
Sabine Pittroff
Marius Polter
Wolfgang Schraml
Simon Springer
Anna Wagenknecht
Stefanie Windhausen-Grellmann

anwesend ab 19.35 Uhr; Top 3

Entschuldigt sind

Martin Wagner

Öffentliche Sitzung:

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 15.11.2023, öffentlicher Teil
2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung
3. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes
4. Neubesetzung Beauftragte*r für Menschen mit Behinderung
5. Antrag auf Baugenehmigung; Nutzungsänderung zur gewerblichen Nutzung einer Wohneinheit in Zweifamilienhaus in Praxisräume; Fuchsbergstraße 12; FINr. 348/5 Gem Oberschondorf
6. Antrag auf isolierte Abweichung; Errichtung eines Schiebetores am Roseweg; Kirchberg 4; FINr. 392 Gem. Unterschondorf
7. Tekturantrag: Anbau und Sanierung einer Wohneinheit im Bestand; St.-Jakob's-Bergerl 10; FINr. 496 Gem. Unterschondorf
8. Tekturantrag: Errichtung von 8 DHH mit 2 Doppelcarports, 6 Garagen und 6 STP; Uttinger Straße 24+26; FINrn. 305/4+306/3 Gem. Unterschondorf
9. Städtebauförderung - Informationen zur Bedarfsmitteilung 2024
10. Örtliche Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung, Angebotseinholung
11. Zukünftiger Umgang mit Entwässerungsthematiken im Gemeindegebiet Schondorf, Erstellung eines Starkregen/ Sturzflutrisikomanagement; ggfs. Beschlussfassung
12. Abschluss eines Servicevertrages für die Wartung der Geräte der Atemschutzwerkstatt, Freiwillige Feuerwehr Schondorf
13. Auftragserweiterung Straßenreinigung 2023
14. Marktplatzverteiler Wochenmarkt
15. Dachrinnenreinigung in den gemeindeeigenen Liegenschaften (Hausverwaltung Most)
16. Bericht der örtlichen Kassenprüfung vom 11.10.2023
17. Pauschale Sportbetriebsförderung und Energiekostenzuschuss
18. Zuschussantrag KDBH Kath. Dorfhelferinnen & Betriebshelfer in Bayern GmbH; Unterstützung der Station Landsberg/Lech
19. Zuschussantrag Jugendreferentenstelle - Evangelische Gemeinde Ammersee West 2023
20. Änderung der bestehenden dauerhaften Anordnung der Parkplatzbeschilderung Friedhof St.-Anna (VRAO 2022-6-S)
21. Antrag zur Aufstellung eines "KAJAKOMAT"
22. Änderungsbeschluss Untersuchungsumgriff VU
23. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil
24. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentliche Sitzung

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 15.11.2023, öffentlicher Teil

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 15.11.2023, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 15 | 15 | 15 | 0 |

2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung

3. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes

Sachverhalt:

1. Großbrand Donnerstag 30.11.2023

Der Feuerwehrkommandant Hr. Benjamin Blanasch berichtet dem Gemeinderat bezüglich des Großbrands und des darauf folgenden Wintereinbruchs.

14 Feuerwehren waren im Einsatz, Rotes Kreuz, Wasserzweckverband Schondorf, THW und das Wasserwirtschaftsamt Weilheim.

Insgesamt waren 31 Fahrzeuge am Einsatzort – 23 Löschfahrzeuge; insgesamt 180 Einsatzkräfte die zu organisieren waren. Über 1 Mio Liter Wasser wurden aus dem Netz gepumpt. Alarmierung 16.47 Uhr – 16.51 Uhr ist das erste Fahrzeug aus Schondorf gestartet. Insgesamt waren nach 8 Minuten alle Fahrzeuge der Feuerwehr Schondorf am Einsatzort.

Großes Lob an alle Einsatzkräfte.

Das komplette Team aus unterschiedlichen Feuerwehren war extrem qualifiziert und hat hervorragend zusammengearbeitet.

Vom Wasserzweckverband wurden zusätzlich Pumpen dazu geschaltet, damit die Wassermenge überhaupt gewährleistet war.

Der Metzgerei Gall gilt großer Dank, denn sie hat einen Großteil der Verpflegung gespendet und war extrem hilfsbereit. Vieler Dank auch an Frau Königl für ihre sehr gut organisierte Verköstigung der Feuerwehrkräfte.

2. Ab Freitag, 1.12.2023 kam der große Schneefall auf den Bauhof/Hausmeister und die Feuerwehr zu. Von Freitag bis Montag morgens kamen 8 weitere Einsätze hinzu. Von den 8 Einsätzen gab es eine Personenrettung – der Rest waren Baumbbruch. Von

Seiten der betroffenen Anwohner war hier wenig Zusammenhalt und Selbstinitiative zu sehen.

Informationen zum Winterdienst von Herrn BGM Herrmann:

Der Schneefall von Freitag auf Samstag war zwischen 40 und 60 cm. Derzeit haben drei Bauhofmitarbeiter 150 Einsatzstunden Winterdienst abgeleistet. Der Schnee war zu Beginn unten extrem schwer, so dass sich ein Sulzpaket gebildet hat. Die Hausmeister haben mit dem kleinen Traktor und mit der Hand gearbeitet. Natürlich waren die Schneemassen für alle mit Einschränkungen verbunden. In Schondorf gibt es kein Salzverbot – es wird durchaus gesalzen, allerdings nur an den steilen Stellen und nur, wenn es nicht zu kalt ist. Das Gleiche gilt für das Streuen mit Riesel. Nur wenn der Schnee hart ist, macht es Sinn zu streuen.

Aus diesem extremen Wintereinbruch heraus wurde ein der Feuerwehr nachgefragt, ob es für Manche möglich wäre, im Notfall als Fahrer einzuspringen. Hier warten wir noch auf Rückmeldungen.

In engen Straßen, in denen geparkt wurde, konnte der Schneepflug nicht durchfahren und damit nicht räumen. Der Pflug braucht eine Mindestbreite von 3,60 Meter.

Frau Wagenknecht schlägt vor, eine Liste von Personen zu erstellen, die einen Traktor, eine Fräse oder etwas Ähnliches haben und eventuell bereit wären, die Gemeinde bei Extremschnee zu unterstützen.

Der Gemeinderat bittet die Verwaltung um eine zusätzliche Schulung für die Mitarbeiter des Bauhofs in Sachen Winterdienst und um Überarbeitung des Räum- und Streuplans.

3. Ab Januar wird es im Dorfhaus 1 x im Monat ein Kinderkino geben, außer im Hochsommer. Dieses Kino ist in Zusammenarbeit mit dem LRA und wird von Frau Kristina Wunder organisiert. Die Kosten für den Kino-Besuch belaufen sich auf € 1,- pro Kind. Für die Gemeinde entstehen keine Kosten.

4. Neubesetzung Beauftragte*r für Menschen mit Behinderung

Sachverhalt:

Herr Manfred Huber ist seit vielen Jahren als Beauftragter für Menschen mit Behinderung ehrenamtlich tätig. Er möchte diese Position zum 31.12.2023 niederlegen.

Herrn Huber wird sehr für seine freiwillige ehrenamtliche Arbeit der vergangenen Jahre gedankt.

5. Antrag auf Baugenehmigung; Nutzungsänderung zur gewerblichen Nutzung einer Wohneinheit in Zweifamilienhaus in Praxisräume; Fuchsbergstraße 12; FlNr. 348/5 Gem Oberschondorf

Sachverhalt:

| | | | |
|---|--|--|--|
| Baurechtliche Einordnung: | § 34 BauGB Baugebiet gem. BauNVO: W | Flächenberechnung: | <u>Grundfläche:</u> <u>Grundflächenzahl:</u> <u>Geschossfläche:</u> <u>Geschossflächenzahl:</u> |
| Dachform: Dachneigung: | | Vollgeschosse: Firsthöhe: | |
| Abweichungen/Befreiungen: | ja | Stellplätze: | 5 |
| Örtliche Bauvorschriften: | ja | Erschließung gesichert: | ja |

Die Bauherren beantragen die Nutzungsänderung von Wohnraum hin zu einer gewerblichen Nutzung. Dies betrifft eine der beiden Wohneinheiten des Zweifamilienhauses.

Die geplante Nutzung sieht den Betrieb einer heiltherapeutischen Praxis (Heilpraktikerin, stilles Gewerbe, keine Angestellten) mit einer maximalen Patientenzahl von 3 – 5 Personen pro Tag vor.

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben des § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO der Wohnbaufläche (W) zuzuordnen.

Es ist eine Abweichung von der Garagen- und Stellplatzsatzung beantragt. Dies betrifft die anteilig herzustellende Anzahl von neuen Stellplätzen, welche sich aus der Nutzungsänderung ergeben. Es ist darüber zu beraten, ob aufgrund des vermindert zu erwartenden Zu- und Abfahrtsverkehrs eine Reduzierung der zu schaffenden Stellplätze von 3 auf 1 zugelassen werden soll.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB - Umnutzung von zwei Wohnräumen in eine Gewerbeeinheit

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
| 16 | 16 | 15 | 0 |

Hinweis:

Wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO) hat das Mitglied Bettina Hölzle an der Beratung und Beschlussfassung des obigen Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Befreiung von den Festsetzungen der Garagen und Stellplatzsatzung zu.

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
| 16 | 16 | 0 | 15 |

Hinweis:

Wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO) hat das Mitglied Bettina Hölzle an der Beratung und Beschlussfassung des obigen Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

6. Antrag auf isolierte Abweichung; Errichtung eines Schiebetores am Roseweg; Kirchberg 4; FlNr. 392 Gem. Unterschondorf

Sachverhalt:

| | | | |
|---|--|--|--|
| Baurechtliche Einordnung: | § 34 BauGB Baugebiet gem. BauNVO: W | Flächenberechnung: | <u>Grundfläche:</u> <u>Grundflächenzahl:</u> <u>Geschossfläche:</u> <u>Geschossflächenzahl:</u> |
| Dachform: Dachneigung: | | Vollgeschosse: Firsthöhe: | |
| Abweichungen/Befreiungen: | ja | Stellplätze: | |
| Örtliche Bauvorschriften: | ja | Erschließung gesichert: | ja |

Der Bauherr plant die Errichtung einer Schiebetoranlage am Roseweg. Bereits im Jahr 2022 erfolgte eine Baueingabe bezüglich der Errichtung eines Schiebetores. Diese wurde in der Sitzung vom 21.12.2022 einstimmig abgelehnt. Der Bauherr hat nun seine Planung reduziert (ca. 2 m Höhe gegen 1,30 m im neuen Entwurf) und optisch an den vorliegenden Bestand angeglichen (bronzierte Schmuckplattenverblechung anstatt Verblendung in Milchglas).

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Der Bauherr hat eine isolierte Abweichung von der in § 2 Abs. 6 Satz 1 Satzung über Einfriedungen geregelten Gesamthöhe für Einfriedungen beantragt. Dies bedingt sich aus dem Umstand, dass die Toranlage sowie das garagenseitig feste Zaunfelds mit ca. 1,30 m Gesamtaufbauhöhe die maximale Höhe für Einfriedungen überschreitet. Des Weiteren wird das feste Zaunfeld als konstruktiv geschlossene Wand ausgeführt.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben des § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO der Wohnbaufläche (W) zuzuordnen.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer isolierten Befreiung hinsichtlich der Torhöhe auf 1,30 Meter zu.

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
| 16 | 16 | 0 | 15 |

Hinweis:

Das GR-Mitglied Andreas Ernst war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer isolierten Befreiung hinsichtlich einer geschlossenen Gestaltung des Tores zu.

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
| 16 | 16 | 0 | 15 |

Hinweis:

Das GR-Mitglied Andreas Ernst war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

7. Tekturantrag: Anbau und Sanierung einer Wohneinheit im Bestand; St.-Jakob's-Bergerl 10; FlNr. 496 Gem. Unterschondorf

Sachverhalt:

| | | | |
|---|---|--|--|
| Baurechtliche Einordnung: | § 34 BauGB Baugebiet gem. BauNVO: MI | Flächenberechnung: | <u>Grundfläche:</u> 277,74 m ² <u>Grundflächenzahl:</u> 0,35 <u>Geschossfläche:</u> 497,02 m ² <u>Geschossflächenzahl:</u> 0,43 |
| Dachform: Dachneigung: | Satteldach 42° | Vollgeschosse: Firsthöhe: | 9,15 m |
| Abweichungen/Befreiungen: | nein | Stellplätze: | 2 |
| Örtliche Bauvorschriften: | ja | Erschließung gesichert: | ja |

Der Bauherr plant den Anbau und Sanierung einer Wohneinheit im Bestand. Es handelt sich um eine Tektur zu dem ursprünglich im Jahr 2021 genehmigten Bauantrag. Sie beschäftigt

sich mit einer Änderung der generellen Kubatur i. S. v. Verkleinerungen, Grundrissänderung und Positionierung der Treppen im Innen- sowie im Außenbereich.

Die geänderten Punkte wurden vorab mit dem Landratsamt besprochen. Trotz der vorliegenden Änderungen soll das Vorhaben als Tektur behandelt werden.

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben des § 6 BauNVO dem Mischgebiet (MI) zuzuordnen.

Es ist darüber zu beraten, ob das geplante Bauvorhaben sich sowohl hinsichtlich seiner Grundfläche und Höhenentwicklung sowie auch in Bezug auf die umgebende Bebauung einfügt.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
| 16 | 16 | 16 | 0 |

8. Tekturantrag: Errichtung von 8 DHH mit 2 Doppelcarports, 6 Garagen und 6 STP; Uttinger Straße 24+26; FlNr. 305/4+306/3 Gem. Unterschondorf

Sachverhalt:

| | | | |
|---|--|--|--|
| Baurechtliche Einordnung: | § 34 BauGB Baugebiet gem. BauNVO: W | Flächenberechnung: | Grundfläche: Grundflächenzahl: Geschossfläche: Geschossflächenzahl: |
| Dachform: Dachneigung: | Satteldach 37° | Vollgeschosse: Firsthöhe: | 10,17 m |
| Abweichungen/Befreiungen: | nein | Stellplätze: | 14 |
| Örtliche Bauvorschriften: | ja | Erschließung gesichert: | ja |

Der Bauherr plant die Errichtung von 8 Doppelhaushälften mit 2 Doppelcarports, 6 Garagen und 6 Stellplätzen. Der dem Tekturantrag vorausgegangene Bauantrag aus dem Jahr 2022 wurde in der Gemeinderatssitzung vom 13.07.2023 behandelt und hat das gemeindliche Einvernehmen nicht erhalten. Nach bauordnungsrechtlicher Prüfung kam das LRA Landsberg zu dem Schluss, dass aufgrund der vorliegenden Planungen das Einvernehmen erteilt hätte

werden sollen und nahm eine Ersetzung vor. Der Baugenehmigungsbescheid erging zum 11.07.2023.

Der Bauherr hat sein Vorhaben in folgenden Punkten umgeplant:

- Fassadenverkleidung in Holz Ausführung entfällt und wird durch verputzte Fläche ersetzt
- Duplexgaragen werden durch einfache Garagen, Doppelcarports und Stellplätze ersetzt
(die Anrechnung der Stellplätze im Stauraum der Garagen und Carports sind lt. § 5 Abs. 1 i. V. m. § 4 Abs. 2 der gemeindlichen Garagen und Stellplatzsatzung zulässig)
- Terrassen werden teilweise reduziert bzw. anders angelegt
- Vordächer im Eingangsbereich entfallen
- Balkonkonstruktionen bei überdachten Terrassen entfallen

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben des § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO der Wohnbaufläche (W) zuzuordnen.

Es ist darüber zu beraten, ob das geplante Bauvorhaben sich sowohl hinsichtlich seiner Grundfläche und Höhenentwicklung sowie auch in Bezug auf die umgebende Bebauung einfügt.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen nach § 36 BauGB für das Doppelhaus 1 und 2.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 9 | 7 |

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen nach § 36 BauGB für das Doppelhaus 3 und 4.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 9 | 7 |

Beschluss:

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee vom 06.12.2023

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen nach § 36 BauGB für das Doppelhaus 5 und 6.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 9 | 7 |

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen nach § 36 BauGB für das Doppelhaus 7 und 8.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 9 | 7 |

9. Städtebauförderung - Informationen zur Bedarfsmitteilung 2024

Sachverhalt:

Jährliche Information zur Städtebauförderung – Vorlage der Bedarfsmitteilung

Um Fördergelder aus der Städtebauförderung zu erhalten, müssen jährlich mit der Frist bis zum 01.12. sog. Bedarfsmitteilungen an die zuständigen Regierungen versandt werden. Für die Gemeinde Schondorf werden Maßnahmen aus den Jahren zuvor wiederaufgenommen und fortgeschrieben und nach Rücksprache mit der ROB neu eingestellt, um Förderungen zu sichern.

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm Wachstum und nachhaltige Erneuerung (PWE)

1. THEMENFELD: Ortsmitte

- Kooperation Ammersee Nord-West:
- Einzelmaßnahme: Interkommunale Sanierungsberatung
Hier: FORTFÜHRUNG, BEWILLIGUNG liegt vor [Ausweisung eines Sanierungsgebietes, Vorbereitende Untersuchungen für Greifenberg und Schondorf (Interkommunale Zusammenarbeit Schondorf und Greifenberg) Flächenmanagement für Greifenberg, Beratungsleistungen zur Sanierungsbetreuung in den zukünftigen Sanierungsgebieten (Interkommunale Zusammenarbeit Schondorf, Greifenberg und Utting)

2. THEMENFELD: Mobilität

- Feinuntersuchung Staatsstraße St 2055 inkl. Aufstellung Verkehrskonzepte
- **Fortschreibung der Maßnahme für das Jahr 2024 mit Objektplanung (Entwurfsplanung) LPH 3**
- **Zukünftig: Bauliche Umsetzung** von Maßnahmen aus der Feinuntersuchung

3. THEMENFELD: Ortsmitte

- **Entwicklung Seeufer – Ideen- und Realisierungswettbewerb** - Konzept zur Flächennutzung inkl. Betrachtung des ruhenden Verkehrs (Parkraumnutzung), Neubau der Ufermauer (Planung und Anmeldung Baukosten), Maßnahme abgeschlossen
- **FORTFÜHRUNG der Maßnahme für das Jahr 2024 mit Auftragsvergabe Planung an ausgelobten Bewerber im Realisierungsteil**

4. THEMENFELD: Ortsmitte

- **Energetische Sanierung und barrierefreier Umbau** ehemaliges Rathaus Wilhelm-Leibl-Platz 1, Planung und bauliche Umsetzung der Freianlagen, (förderfähig über Städtebauförderung nur KG 500 Außenanlagen)

5. THEMENFELD: Ortsmitte

- Rahmenplanung Altort Oberschondorf inkl. konkrete Prüfung der Umbau und Weiterentwicklungsmöglichkeiten ortsbildprägender landwirtschaftlicher Hofstellen

6. THEMENFELD: Mobilität

- Studie zur Reduzierung des Parksuchverkehrs mit Prüfung weiterer, dezentraler Ausweichparkplätze

7. THEMENFELD: Ortsmitte

- Machbarkeitsstudie zur Nachverdichtung, energetischen Sanierung und bauliche Umsetzung in der Seebergsiedlung

Bayerischen Städtebauförderungsprogramm aus der Förderinitiative „Innen statt außen“

8. THEMENFELD: Ortsmitte

- **Förderinitiative ‚Innen statt Außen‘ – Machbarkeitsstudie** und bauliche Umsetzung zur Nachnutzung des denkmalgeschützten Bahnhofsschuppens im Bahnhofareal
- **Maßnahme (Machbarkeitsstudie) wurde mit dem Verwendungsnachweis abgeschlossen**

FORTFÜHRUNG

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Städtebauförderung – Bedarfsmitteilung 2024 - zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 16 | 0 |

10. Örtliche Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung, Angebotseinholung

Sachverhalt:

Gemäß Art. 7 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) entscheiden die Gemeinden, welchen örtlichen Bedarf sie unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Eltern und ihrer Kinder für eine kindgerechte Bildung, Erziehung und Betreuung sowie sonstiger bestehender schulischer Angebote anerkennen. Hierfür ist eine vorausschauende Bedarfsplanung nötig, bei der es sich um eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis handelt. Diese örtliche Bedarfsplanung ist regelmäßig (alle 3 – 4 Jahre) zu aktualisieren. Da die Bedarfsplanung zu komplex ist, kann dies nicht von der Verwaltung übernommen werden. Es wird daher empfohlen, die Durchführung der örtlichen Bedarfsplanung in regelmäßigen Abständen an einen externen Dienstleister zu vergeben. Die letzte Bedarfsplanung in der Gemeinde Schondorf am Ammersee wurde durch das Büro Salm & Stegen im Jahre 2018 im Rahmen der Planung der Folgekosten im Zuge der Überbauung des Prix Geländes durchgeführt. Es wäre daher bereits seit min. letzten Jahr eine erneute Bedarfsplanung nötig.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Die Aufwendungen werden bei der Haushaltsplanaufstellung 2024 berücksichtigt. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe der Gemeinde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt mindestens zwei Angebote von Planungsinstituten bzgl. der örtlichen Bedarfsplanung einzuholen und die Durchführung der Bedarfsplanung an den günstigsten Anbieter zu vergeben. Darüber hinaus wird die Verwaltung ermächtigt, künftig alle 3 Jahre die Durchführung der kommunalen Bedarfsplanung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 15 | 1 |

11. Zukünftiger Umgang mit Entwässerungsthematiken im Gemeindegebiet Schondorf, Erstellung eines Starkregen/ Sturzflutrisikomanagement; ggfs. Beschlussfassung

Sachverhalt:

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

12. Abschluss eines Servicevertrages für die Wartung der Geräte der Atemschutzwerkstatt, Freiwillige Feuerwehr Schondorf

Sachverhalt:

Gemäß den Herstellervorgaben sollen die Geräte der Atemschutzwerkstatt mindestens jährlich durch sachkundiges Personal überprüft werden.

Hierfür soll ein Servicevertrag mit der Firma Dräger Safety AG & Co.KGaA geschlossen werden. Diese führt die im Angebot beschriebenen Service-Arbeiten in etwa gleichen Zeitabständen einmal jährlich durch.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Informativ die Ausgabehaushaltsstelle 130.5200 für das Haushaltsjahr 2023:

| Haushaltsstelle | Ansatz HH 2023 | Ausgaben bisher |
|------------------------|-----------------------|------------------------|
| 130.5200 | 7.000,00 € | 5.832,44€ |

Es handelt es sich um eine Pflichtaufgabe. Die Aufgabe wird im Haushaltsplan 2024 vorgesehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des Servicevertrages mit der Fa. Dräger Safety AG & CO.KGaA gemäß dem Angebot vom 13.11.2023 in Höhe von 1.398,50 € jährlich zu.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| 16 | 16 | 15 | 0 |

Hinweis:

Das GR-Mitglied Franziska Königl war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

13. Auftragserweiterung Straßenreinigung 2023

Sachverhalt:

Am 01.03.23 wurde beschlossen, dass lediglich zwei Reinigungstage an jeweils drei Terminen (Frühjahr, Sommer, Herbst) erfolgen sollen.

Es wurden 14.841,68 EUR brutto für die Straßenreinigung im Jahr 2023 freigegeben.

Als Bemessungsgrundlage dienten, nach Rücksprache mit der Firma Kirchner (welche bereits in den vergangenen Jahren mit der Reinigung beauftragt war), rund 60 Stunden und 80 Tonnen Kehrgut.

Die bisherigen Kosten der Straßenreinigung 2023 schöpfen, unserer Schätzung zufolge, das genehmigte Budget bereits voll aus.

Leider konnte an den Reinigungstagen im Herbst, aufgrund hoher Verschmutzung (u.a. durch Laub), nur rund die Hälfte der Straßen befahren werden.

Laut Aussage der Firma Kirchner wären mindestens noch zwei weitere Reinigungstage nötig. Also vermutlich nochmals ca. 5.000,00 € brutto.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

| Haushaltsstelle | Ansatz HH 2023 | Ausgaben bisher |
|-----------------|----------------|-----------------|
| 675.5800 | 10.000,00 € | 10.693,34 € |

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Es wurde bereits in der Sitzung am 15.03.2023 bei der Auftragsvergabe darauf hingewiesen, dass es sich um eine überplanmäßige Ausgabe handelt. Für das Haushaltsjahr 2023 stehen dank hoher Steuereinnahmen für die überplanmäßigen Ausgaben Finanzmittel zur Verfügung; in den Folgejahren schaut es allerdings anders aus. Vor einer Vergabe 2024 sollte die Haushaltssatzung 2024 beschlossen sein.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dafür jedes Jahr im Frühjahr und im Herbst im kompletten Ort die Straßen zu reinigen und die Sommerreinigung dafür zu stornieren.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 15 | 1 |

14. Marktplatzverteiler Wochenmarkt**Sachverhalt:**

Für den Wochenmarkt wird ein fester Stromanschlusskasten benötigt. Dieser könnte neben den Treppen am Hintereingang zum Rathaus angebracht werden. Der angebotene Marktplatzverteilerschrank verfügt über 15 Schukosteckdosen, zwei Starkstromdosen mit 16 Ampere, zwei Starkstromdosen mit 32 Ampere und eine Starkstromsteckdose mit 63 Ampere.

Angefragt wurden die Arbeiten bei drei Firmen. Es gingen zwei Angebote ein.

| | | |
|----|-------------------------------|---------------------|
| 1. | Elektro Steer GmbH, Schondorf | 6.730,05 EUR brutto |
| 2. | | 7.660,09 EUR brutto |

Zusätzlich ist durch Bayernwerk noch ein Wandlerschrank nötig. Der Standort für den Wandlerschrank wäre neben dem Marktplatzverteiler, der Anschlusspunkt ist der Stromverteiler zwischen dem Jugendhaus und Edeka. Dafür sind Erdarbeiten nötig um ein Stromkabel zwischen Stromverteiler und Wandlerschrank zu verlegen.

Die Arbeiten wurden bereits Ende letzten Jahres bei Bayernwerk angefragt. Bisher ist leider noch kein Angebot eingegangen.

Die Kosten werden auf rund 10.000,00 EUR brutto geschätzt.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Informativ die Ausgabehaushaltsstelle 060.9400 für das Haushaltsjahr 2023:

| Haushaltsstelle | Ansatz HH 2023 | Ausgaben bisher |
|------------------------|-----------------------|------------------------|
| 060.9400 | 70.000,00 € | 31.266,34€ |

Die Ausgabe wird dem Rathausgebäude zugeordnet, da durch den Stromanschluss dies ein baulicher Bestandteil des Rathauses wird.

Da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, sollte auch auf die Haushaltssituation der Folgejahre gesehen, gewährleistet werden, dass die Stromkosten mit den Verbrauchern abgerechnet werden.

Die Aufgabe wird im Haushaltsplan 2024 vorgesehen. Haushaltsmittel für die Auftragsvergabe stehen zur Verfügung.

Beschluss:

Die Entscheidung wird um 6 Monate vertagt. Die derzeitige Stromzählersituation bleibt bestehen.

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
| 16 | 16 | 16 | 0 |

15. Dachrinnenreinigung in den gemeindeeigenen Liegenschaften (Hausverwaltung Most)

Sachverhalt:

An untenstehenden Gebäuden ist bzgl. Laub usw. eine Dachrinnen-, sowie Fallrohrreinigung notwendig. Bedingt durch die Höhen der Dachrinnen, ist eine Reinigung mittels einer Leiter nicht möglich. Diesbezüglich wurden Angebote von Seiten der Hausverwaltung Most eingeholt.

Durchführung der Dachrinnen- / Fallrohrreinigung:

| Objekte | Hausverwaltung Most |
|-------------------------------|----------------------------|
| Fichtenweg 16 | 840,62 EUR brutto |
| Bahnhofstr. 35 (ohne Atelier) | 397,94 EUR brutto |
| St.-Anna-Str. 22 | 508,37 EUR brutto |
| Am Griesfeld 5 | 468,38 EUR brutto |
| Am Griesfeld 8 | 402,70 EUR brutto |
| Am Griesfeld 9 | 410,79 EUR brutto |
| Summe | 3.028,80 EUR brutto |

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

| Deckungskreis Gruppierungsnr. | Ansatz HH 2023 Deckungskr. | Ausgaben bisher Deckungskr. |
|--------------------------------------|-----------------------------------|------------------------------------|
| 2, ***.5000 | 290.700,00 € | 111.732,93€ |

Es handelt sich um freiwillige Aufgaben. Nachdem es sich jeweils um eigenständige Haushaltsstellen handelt, wurde der Deckungskreisansatz angegeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung mit der Beauftragung der Hausverwaltung Most, auf Grundlage deren Angebote vom 27.11.2023, mit der Dachrinnen-, sowie Fallrohrreinigung, in Höhe von 3.028,80 EUR brutto.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 15 | 0 |

Hinweis:

Das GR-Mitglied Bettina Hölzle war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

16. Bericht der örtlichen Kassenprüfung vom 11.10.2023

Sachverhalt:

Herr Jünger stellt den Bericht zur örtlichen Kassenprüfung vor.

Rückfragen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss, 11.10.2023

1. Die neue Kostenverteilung zwischen den Gemeinden für die Nutzung des Rathauses wurden gerechter aufgeteilt, entsprechende Beschlüsse wurden gefasst. Die Rechnungsprüfung hat ergeben, dass die VG unverändert die bisherige Miete entrichtet. Wir bitten um Erläuterung, warum die neue und gerechtere Kostenverteilung noch nicht entrichtet wird.

Die Neuberechnung der Fläche erfolgt im Zuge der Nebenkostenabrechnung bezüglich der neuen Räume für das technische Bauamt im Bahnhofsgebäude und den Änderungen im Untergeschoss des Rathauses. Der neu vereinbarte Mietzins wird in diesem Zuge entsprechend angepasst und für das Kalenderjahr 2023 nachberechnet und nachgebucht.

2. Kommunale Verkehrsüberwachung: HHST 1100/6720

Wir bitten um Kosten / Einnahmenaufstellung für das Jahr 2022 und die Prognose für 2023 unterteilt in ruhenden und fließenden Verkehr.

Einnahmen/Ausgaben Aufstellung f. 2022 s. beiliegende Aufstellung.

Eine Prognose ist seitens der Verwaltung nicht möglich.

3. Hohe Kosten für die Wärmeversorgung im KiGa 1351 € Stromkosten im Monat (HHST 4640.5404)

Wir bitten um eine kurze Aufstellung der Strom und Gaskosten sowie Verbräuche in KWh für das Jahr 2022 und 2023. Funktioniert das hybride Heizsystem?

Die Beantwortung wird nachgereicht zur Prüfung der Jahresrechnung 2023, da die Mitarbeiterin der Liegenschaftsverwaltung längere Zeit im Krankenstand ist.

4. Monatliche Ausgabe für Ratten Monitoring, was genau wird hier gemacht?

Die Rattenbekämpfung wurde in eine befallsunabhängige Dauerbeköderung umgestellt (Monitoring /Überwachung), um so eine kostengünstigere Bekämpfung vorzunehmen. Die befallenen Straßen und ggf. Gärten der Bewohner unterliegen dabei einer regelmäßigen Kontrolle, welche eine deutlich höhere Tilgung (Köderannahme) verspricht. Die Servicepauschale beträgt je Anfahrt und Kontrolle, Köder, Beratung usw. 200,00 Euro, diese wird derzeit 2 x monatlich vorgenommen. Es handelt sich um ca. 55 zu überwachende Köderstationen.

Ausgaben 2023 bis Anf. Nov. 2023 Euro 4.821,23)

5. HHST 2110/5200 Überschreitung um ca. 3000 €, Grundschule

Es wurde für die Mittagsbetreuung/Hort eine Ersatzspülmaschine gekauft (Kosten Euro 3.298,68). Alte Spülmaschine war defekt und keine Reparatur möglich.

6. HHST 4000/5700, extrem hohe Stromkosten für die Obdachlosenwohnung (7000 € pro Jahr), wodurch entstehen diese? Welche Verbräuche liegen hier zu Grunde und wie kann man sie verringern?

Bei den Stromkosten für die Obdachlosenwohnung in Höhe von Euro 4.874,96 (AO-Nr. 2475, Stadtwerke FFB) handelt es sich um die Vorauszahlungen für das Jahr 2023 für die Netzbenutzung und den Verbrauch. Der tatsächliche Verbrauch/Kosten für das Jahr 2023 können erst nach Erhalt der Abrechnung im Frühjahr 2024 mitgeteilt werden.

7. PV-Anlage auf der Sporthalle: Bitte um kurze Übersicht, wie viel Einsparung erbringt sie (Eigenverbrauch des erzeugten Stroms), wie hoch sind die Erlöse?

Komme gerne vorbei, um gemeinsam einen Überblick in die statistischen Auswertungen des Systems zu erhalten.

Bzgl. der erzeugten/eingespeisten Strommenge war Hr. Niedermeier seit Mai mit der Firma LenaService in Kontakt.

Soweit ist die Anlage in Ordnung und produziert jährlich rund 100 MWh Strom.

Die Einspeisungsvergütung der Firma Bayernwerk fällt deutlich geringer aus. Es werden nur rund 50 MWh erzeugtem Strom aufgeführt. Aktuell ist die Verwaltung mit Bayernwerk in Kontakt, um den Sachverhalt zu klären.

Die endgültige Beantwortung wird nachgereicht zur Prüfung der Jahresrechnung 2023.

8. 4600/5100 Kinderspielplätze Ansatz 25.000 € aber es wurden erst 880 € abgerufen.
4600/9400 25.000 € für Hochbaumaßnahmen, nichts abgerufen.
Leider ist mehr und mehr zu beobachten, dass das Spielschiff verrottet. Wollten wir uns in diesem Jahr nicht um unsere Spielplätze kümmern, weil erhöhter Handlungsbedarf ist?

Erklärung des Bauamtes:

Die Bemängelungen des Spielplatzkontrolleurs 2023 konnten bis auf das Spielschiff gesamt von Bauhof und Hausmeistern erledigt werden. Die Beauftragung für die Erweiterung des Leistungsumfangs für die Reparatur des Spielschiffs erging, nach Gemeinderatsbeschluss vom 24.08.2022 an Herrn Luzius Kloker. Sitzungsauszug:

„Mit GR-Beschluss vom 01.12.2021 wurden Reparaturarbeiten im Rahmen der Spielplatz-Jahresinspektion gem. DIN EN 1176 beauftragt und ausgeführt. Nun haben sich auf Grundlage dieser Arbeiten und beim Austausch des Rieselbelags, welcher als Fallschutz dient, weitere Reparaturen ergeben. Es werden nun an hinterlegter Konstruktion Reparaturen fällig und sollten dringend erledigt werden.

Hierzu hat Luzius Kloker der Verwaltung ein weiteres Angebot mit Kosten in Höhe von 3.927,00 € brutto unterbreitet. In der Erledigung der ersten wichtigen Arbeiten wurden vom damaligen Angebot nur Teile umgesetzt. Somit sind im jetzigen Angebot vom 01.06.2022 Kostenansätze von auszuführenden Arbeiten des 1. Angebots vom 24.11.2021, (Auftragssumme: brutto 2.481,15 €, Rechnungssumme: brutto 1.166,96 €) enthalten. Ergibt einen Gesamtkostenaufwand der Reparaturarbeiten in Höhe von brutto 5.093,96 €.“

Die Arbeiten am Spielschiff wurden 2022 beauftragt und mehrfach wurde seitens der Bauverwaltung die Erledigung nachgefragt. Letztmals wurde uns die Erledigung der offenen Arbeiten für Herbst 2023 zugesagt...

9. HHST 0888/4600 Beleg 2 Kommunale Unfallversicherung Bayern

Beitrag zur ges. Unfallversicherung 50.431,46 pro Jahr

Beschäftigte: 19.705,44 €

Sonstige Versicherte: 9.694,52 €

Schüler UV: 21.031,50 €

Sehr hoch, gibt es hier keinen günstigeren Versicherer?

Die Versicherungsverträge bestehen in Form von Gruppenversicherungen, und sind somit bereits beitragsreduziert.

Die Schüler UV wurde über den Landkreis Landsberg am Lech abgeschlossen, die gesetzl. UV der Beschäftigten über die Kommunale Unfallversicherung Bayern, Bayerische Landesunfallkasse.

10. 4640/4140 Lohnkosten KiGa Ansatz € 1.210.000,00 bisher wurden nur € 673.701,59 ausgegeben, es wurden aber bereits 3/4 der Gehälter für 2023 ausbezahlt (3 Quartale 2023).
Was ist der Grund, warum sind noch so viele Mittel übrig?
Ähnliche Beobachtung haben wir im Hort gemacht.

HHST. 4640.4140, Angestelltenvergütungen Kindergarten

Die Differenz zwischen Haushaltsansatz und bisher verbrauchten Mitteln lässt sich dadurch erklären, dass im Haushalt Stellen berücksichtigt wurden, die bislang leider nicht besetzt werden konnten.

Darüber hinaus war bei der Aufstellung des Haushalts der Tarifabschluss 2023 noch nicht abzuschätzen, weshalb wir eine relativ großzügige Tarifierhöhung berücksichtigt haben. Auch die Aufteilung der Personalkosten Kindergarten und Krippe (HHST. 4642.4140) konnte nicht zu 100 % bei Aufstellung des Haushaltsplans festgelegt werden, da u.a. eine Mitarbeiterin, die ursprünglich für die Krippe vorgesehen war, im Kindergarten geblieben ist.

HHST. 4641.4140, Angestelltenvergütungen Hort

Im Hort konnte auch eine Berufspraktikantenstelle nicht berücksichtigt werden. Darüber hinaus schlägt sich auch hier die veranschlagte Tarifierhöhung nieder.

11. HHST 4640/5400 Kostenüberschreitung von 1332,82 €, warum? (Kindergarten)

Grund der Kostenüberschreitung sind Baumpflegearbeiten:

Der Walnuss-Baum musste (AZ 6 Blasy) Euro 1.293,53 aus Sicherheitsgründen gefällt werden und anschließend wurde eine Ersatzpflanzung (Juglans Regia) vorgenommen (AZ 7 Blasy) Euro 1.399,44 und hierfür die Fertigstellungspflege abgerechnet (AZ 8 Blasy) Euro 499,80. Diese Baumpflegemaßnahmen sind Bestandteil des Auftrags für die jährliche Baumpflege und liegen in diesem Budget.

12. HHST 4640/5800 Kostenüberschreitung von 1957,79 €, warum? (EDV Kindergarten)

HHST. 4640.5800, EDV Kindergarten

Im Laufe des Jahres 2023 hat die AKDB eine Abfrage bzgl. der in adebiKiTa verwalteten Einrichtungen versandt. Aufgrund dieser mussten einige Einrichtungen nachlizensiert werden. Dies ist ein Betrag von ca. 1.500 Euro, welcher bei Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht bekannt war. Daneben haben wir, ebenfalls unvorhergesehen, im Sommer die Datenbank für adebiKiTa auf SQL umgestellt, auch dies war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung nicht bekannt.

13. HHST 6100/6500 Kostenüberschreitung von 13.033,24 €, warum? (Orts- und Regionalplanung Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten)

Die gebuchten und bezahlten Planungskosten für Städtebau /Planungsleistung/interkommunale Zusammenarbeit/Flächenmanagement in Höhe von € 21.373,35 vom 02.08.2023 müssen noch zwischen der Gemeinde Schondorf und der Gemeinde Greifenberg verrechnet werden.

Die gebuchten und bezahlten Planungskosten für Städtebau /Planungsleistung/interkommunale Zusammenarbeit/Flächenmanagement in Höhe von € 6.825,37 vom 02.08.2023 müssen noch mit der Gemeinde Greifenberg verrechnet werden.

Die gebuchten und bezahlten Planungskosten für Städtebau /Planungsleistung/interkommunale Zusammenarbeit/Flächenmanagement in Höhe von € 15.99,07 vom 02.08.2023 müssen noch mit der Gemeinde Utting verrechnet werden.

Insofern liegt keine echte Kostenüberschreitung vor. Die Gemeinde Schondorf wird die angefallenen Kosten anteilig bzw. gesamt an die Gemeinden Greifenberg und Utting weiterberechnen.

Darüber hinaus sind die angefallenen Kosten bei der Gemeinde Schondorf förderfähig und werden über Mittelverwendungsnachweise bei der Förderstelle noch zur Erstattung eingereicht.

17. Pauschale Sportbetriebsförderung und Energiekostenzuschuss

Sachverhalt:

Jedes Jahr gehen Anträge zur Sportbetriebsförderung von Sport- und Schützenvereinen bei allen Gemeinden der Landkreise ein.

Zur Unterstützung der Sport- und Schützenvereine bei der Bewältigung zusätzlicher Belastungen in Folge des Krieges in der Ukraine wurde der Haushaltsansatz der Vereinspauschale im Förderjahr 2023 verdoppelt. Der Wert der Fördereinheit beträgt daher rechnerisch 0,6 Euro statt 0,3 Euro.

Es besteht ein Grundsatzbeschluss vom 25.11.2020 für die Zahlung der einfachen Vereinspauschale in Höhe von 50%.

Der Landkreis Landsberg zahlt 2023 erstmalig bei einzelnen Vereinen einen zzgl. Energiekostenzuschuss aus. Der Wert der Fördereinheit beträgt rechnerisch 0,3 Euro.

Berechtigte Vereine für die **Vereinspauschale**: (50 % Anteil der Gemeinde)

- SG Diana 795,60 Euro
- Schondorfer Segel Club Ammersee 569,40 Euro
- Ruderclub Wilde Woge Schondorf 945,00 Euro
- TSV Schondorf 5.572,95 Euro

Berechtigte Vereine für den **Energiekostenzuschuss**: (50 % Anteil der Gemeinde)

- TSV Schondorf 2.229,18 Euro

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

| Haushaltsstelle | Ansatz HH 2023 | Ausgaben bisher |
|-----------------|----------------|-----------------|
| 5400.7000 | 15.000,00€ | 2.499,96€ |

Die Ausgaben sind im Haushalt vorgesehen. Es handelt es sich um freiwillige Ausgaben.

Beschluss:

Der Gemeinderat Schondorf stimmt für das Jahr 2023 den doppelten Satz der Vereinspauschale zu und beteiligt sich mit 50%.

Der Gemeinderat Schondorf beteiligt sich mit 50% am Energiekostenzuschuss.

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
| 16 | 16 | 16 | 0 |

18. Zuschussantrag KDBH Kath. Dorfhelferinnen & Betriebshelfer in Bayern GmbH; Unterstützung der Station Landsberg/Lech

Sachverhalt:

Siehe beigefügten Antrag vom des Bay. Bauernverbands vom Oktober 2023. Im vergangenen Jahr wurde erstmals ein Zuschuss in Höhe von € 1.000,-- gewährt.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

| Haushaltsstelle | Ansatz HH 2023 | Ausgaben bisher |
|------------------------|-----------------------|------------------------|
| 540.7000 | 1.700,00 € | 650,00 € |

Die Gewährung eines Zuschusses stellt eine freiwillige Aufgabe im eigenen Wirkungskreis dar.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einem Zuschuss in Höhe von € 1.000,- zu.

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
| 16 | 16 | 16 | 0 |

19. Zuschussantrag Jugendreferentenstelle - Evangelische Gemeinde Ammersee West 2023

Sachverhalt:

In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde Schondorf einen Zuschuss zu den Lohnkosten des Sozialarbeiters der evangelischen Gemeinde Ammersee-West in Höhe von 0,25 € pro Einwohner bezahlt. Die Pfarrgemeinde hat nun einen Antrag auf Zuschuss für das Jahr 2023 gestellt (siehe Schreiben vom 16.10.2023).

Gezahlte Zuschüsse:

2020 € 996,75
 2021 € 1.003,50
 2022 € 1.009,25

Bei gleichbleibend 0,25 € je Einwohner beläuft sich der Betrag 2023 auf € 1.025,50 (4102 Einwohner Stand 31.03.2023).

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

| Haushaltsstelle | Ansatz HH 2023 | Ausgaben bisher |
|-----------------|----------------|-----------------|
| 460.7001. | 12.000,00 € | 0,00 € |

Die Gewährung eines Zuschusses stellt eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde dar. Der Ansatz belief sich zu Jahresbeginn auf 1.700,00 € hiervon ist noch der volle Ansatz verfügbar. Neben dem geplanten Zuschuss sind auf der Haushaltsstelle die Kosten des Streetworkers angesetzt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für das Jahr 2023 einen Zuschuss zu den Lohnkosten des Sozialarbeiters der evangelischen Gemeinde Ammersee-West in Höhe von 0,25 €/Einwohner*in.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 16 | 0 |

20. Änderung der bestehenden dauerhaften Anordnung der Parkplatzbeschilderung Friedhof St.-Anna (VRAO 2022-6-S)

Sachverhalt:

Aufgrund der bevorstehenden Parkflächenausweisung im Wohngebiet Gartenäcker, soll die zeitlich begrenzte Parkmöglichkeit bei der St.-Anna-Kirche und auf dem Friedhofsparkplatz aufgehoben werden, um Besuchern von Anwohnern die Möglichkeit zu geben, hier ihre Fahrzeuge abzustellen. Das Verbot zum Abstellen von Campern soll erhalten bleiben.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die zeitliche Begrenzung am nord-westlichen Parkplatz am Friedhof aufzuheben. Das Verbot zum Abstellen von Campern bleibt erhalten.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 6 | 10 |

Hinweis:

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt eine Ausweitung der vier Stunden Parkdauerbegrenzung auf 8 Stunden zu erhöhen

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 3 | 13 |

Hinweis:

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der GR ermächtigt die Verwaltung Kontakt mit Parkraumbewirtschaftern aufzunehmen hinsichtlich – Einfahrt und Ausfahrtkontrolle; Aufstellung von Parkautomaten.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|----------|-----------------|----|------|
| 16 | 16 | 11 | 5 |

21. Antrag zur Aufstellung eines "KAJAKOMAT"**Sachverhalt:**

Mit Mail vom 19.10.23 erreichte uns der Antrag zur Aufstellung eines „KAJAKOMAT“.

Gerne möchte ich Ihnen alle Details zu unserer Kajakverleihstation, dem "KAYAKOMAT", vorstellen:

Der "KAYAKOMAT" ist eine innovative Self-Service Mietstation für Kajaks und SUP-Boards.

- *Die Station benötigt lediglich eine Fläche von 9m² (2,5m x 3,5m) und braucht weder Wasser- noch Stromanschlüsse. Auch Bluetooth-Verbindungen oder WLAN sind nicht notwendig.*
- *Die Buchung der Kajaks und SUP-Boards erfolgt mühelos über ein benutzerfreundliches Online-Buchungssystem, das Zahlungen per PayPal oder Kreditkarte ermöglicht.*
- *Unsere Ausrüstung kann sowohl Kajaks als auch SUP-Boards umfassen. Alternativ können wir auch nur eine dieser Optionen anbieten, falls es schon andere Verleiher vor Ort gibt.*
- *Die Station verfügt über maximal 12 Mietplätze, auf denen die Boote sicher und geschützt gelagert werden. Sie befinden sich nicht direkt im Wasser.*

Im Anhang finden Sie eine PDF-Präsentation, die unsere Station ausführlich und anschaulich darstellt. Sie enthält alle wichtigen Informationen und Details zum "KAYAKOMAT". Darüber hinaus lade ich Sie herzlich dazu ein, unser Video anzusehen, das einen Einblick in unsere Station

bietet: https://www.youtube.com/watch?v=p8M_XMUpp8

*Bezüglich der Standortoptionen hätte ich **beispielsweise** an folgende Möglichkeiten gedacht:*

- Schondorf, GoogleMaps Koordinaten 48.052775527887086,

11.100994775986026 <https://maps.app.goo.gl/5ugyHa3quXn8ecqK7>

- Seestraße, GoogleMaps Koordinaten 48.05214473924665, 11.100135724463602 48.05214473924665, 11.100135724463602

- Strandbad Forster, GoogleMaps Koordinaten 48.05486422726204, 11.10120130607828

<https://maps.app.goo.gl/htm3UKvF1BxZ6pzFA>

*Es muss nicht **genau** einer dieser Standorte sein, es kann natürlich auch ein anderer Standort für uns in Frage kommen! Falls Sie Rückfragen oder weiter Anliegen haben, stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.*

Insofern sollte der Gemeinderat entscheiden, ob er sich vorstellen kann, einen „KAJAKOMAT“ auf einer gemeindeeigenen Fläche aufzustellen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt für die Aufstellung eines „KAJAKOMAT“ auf einer gemeindeeigenen Fläche.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Stimmberechtigt | JA | NEIN |
|-----------------|------------------------|-----------|-------------|
| 16 | 16 | 0 | 16 |

22. Änderungsbeschluss Untersuchungsumgriff VU

Sachverhalt:

Im Dezember 2022 wurde das Büro a.weisel architektur + stadtplanung (in Kooperation mit Kathrin Hess Architektur) mit städtebaulichen Planungs- und Beratungsleistungen beauftragt, die auch den Baustein „Ergänzung des IKEK zur Schaffung der formalen Voraussetzungen an Vorbereitende Untersuchungen nach §141 BauGB umfassen. Im ersten Schritt wurde der Umgriff des Untersuchungsgebiets geprüft und mit Beschluss vom 13.07.2022 geändert und bekannt gemacht. Die vorbereitende Untersuchung zum Sanierungsgebiet ist vorangeschritten, ein Entwurf wurde dem Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung am 22.11.2023 vorgestellt. Es konnten städtebauliche Missstände und zusätzliche Handlungsfelder aufgezeigt werden. Da auch auf Flächen außerhalb des bisher vorgesehenen Untersuchungsgebiets ein Sanierungsverdacht besteht, wird von Seiten des Planerteams empfohlen, den Umgriff des Untersuchungsgebiets erneut anzupassen, nochmals offiziell zu beschließen und öffentlich bekannt zu machen.

Städtebauliche Begründung für die erneute Beschlussfassung

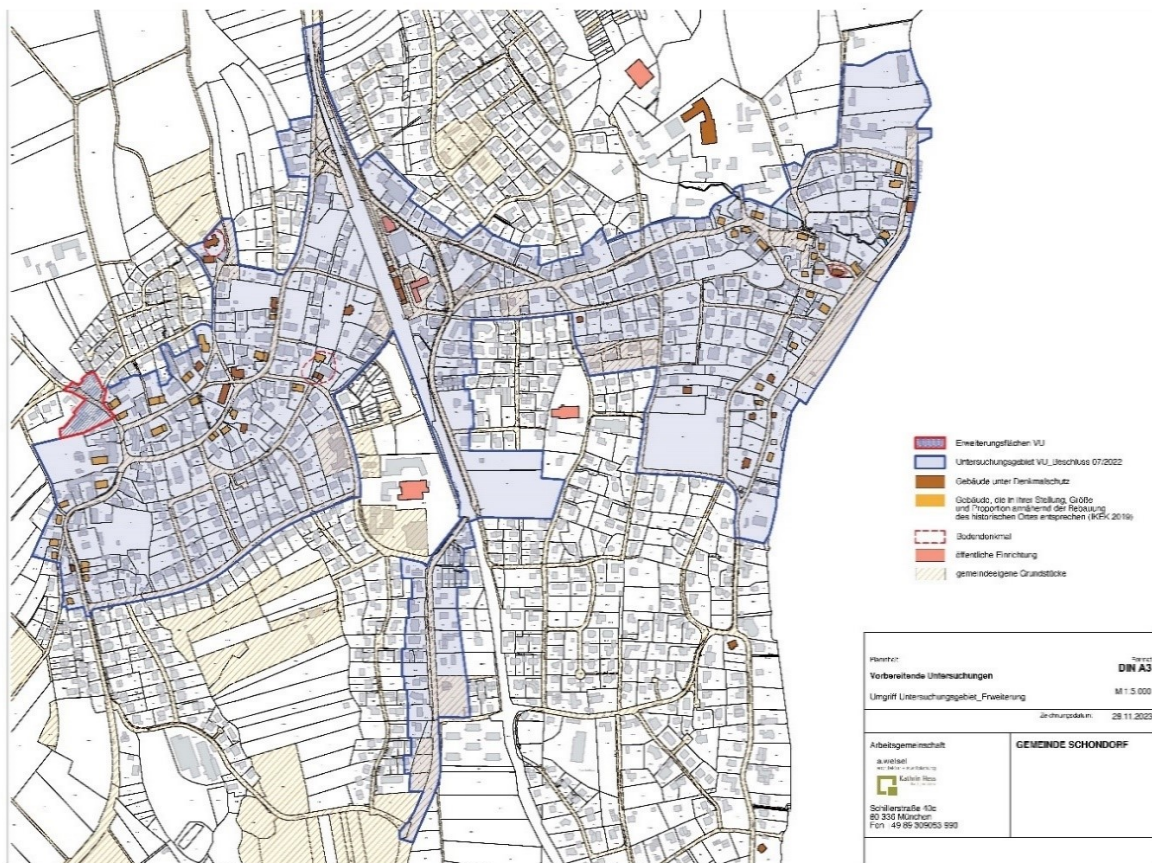
Auch auf Flächen außerhalb des bisher vorgesehenen Untersuchungsgebiets besteht der Verdacht nennenswerter baulicher, verkehrlicher, ökonomischer und funktionaler Missstände. Dies umfasst folgende Themen:

- sanierungsbedürftiger Gebäudebestand in gemeindlichem Besitz (u.a. historischer Altbestand Altes Feuerwehrhaus der Gemeinde Schondorf)
- ortsbildprägende Elemente und Gebäudestellung
- drohender Verlust der städtebaulichen Struktur durch Veränderungsbestrebungen privater Eigentümer oder Aufgabe landwirtschaftlicher Hofstellen

Der Umgriff des vorbereitenden Untersuchungsgebietes (VU) wird nochmals geändert:

- Flächen außerhalb des bisher vorgesehenen Untersuchungsgebiets mit zusätzlich erkanntem Sanierungsverdacht im Bereich Lindenstraße sollen dem Untersuchungsumgriff hinzugefügt werden.

Generell wird von allen Beteiligten empfohlen, den Umgriff des Untersuchungsgebiets nach Anpassung nochmals offiziell zu beschließen und öffentlich bekannt zu machen.



Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung mit Beschluss vom 22.07.2020 gem. § 141 BauGB die vorbereitenden Untersuchungen zur förmlichen Festlegung von Sanierungsgebieten im Bereich der im Folgenden genannten Straßenbereiche: Landsberger Straße, St.-Anna-Straße, Mühlaustraße, Teilbereich Uttinger Straße, Bahnhofstraße, Greifenberger Straße, Teilbereich Seestraße, St.-Jacobs-Bergl, An der Point einzuleiten. Der räumliche Umfang des Untersuchungsgebietes geht aus dem Lageplan, herausgefiltert aus dem ISEK, hervor und stellt einen Bestandteil des Beschlusses dar. Der räumliche Umfang des Untersuchungsgebietes wurde mit Beschluss vom 13.07.2022, Plandatum 01.04.2022, ortsüblich bekannt gemacht.

Der Gemeinderat beschließt die erneute Änderung des Umgriffs der vorbereitenden Untersuchung (VU) entsprechend dem vorgestellten Planungsstand vom 28.11.2023:

- Umgriffserweiterung (hellblau gestrichelte Flächen, rot gefasste Flächen): im Bereich Lindenstraße

Der Beschluss ist ortsüblich bekanntzumachen. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend
16

Stimmberechtigt
16

JA
13

NEIN
3

23. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil

Sachverhalt:

- Baugenehmigungen – gingen ans LRA
- Ersterschließung Kirchenäcker Nachtragsangebot zur Ergänzung der Bauleistungen – techn. BA erl.
- Kostenerhöhung Vermessungsleistung Greifenberger Straße – Info ging an techn. BA
- Anfrage der Gemeinde Utting hinsichtlich der Einstellung eines Klimamanagers – Info ging an Gem. Utting
- Erlass Feuerwerksverbotszone – Ordnungsamt kümmert sich
- Plakatierung von Weihnachtsmärkten Perger und Schloss Kaltenberg – ist erledigt

24. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sachverhalt:

Hr. Kloker führt an, dass der Schlittenberg unter der St. Anna Kirche immer kleiner wird. Er regt an, dass der Schlittenberg am Fußballplatz für das nächste Jahr hergerichtet werden soll – Organisator Luzius Kloker vor dem 28.2.2023.

Hr. Jünger führt aus, dass der Lärmaktionsplan derzeit ausgelegt ist und damit Tempo 30 immer wahrscheinlicher wird. Herr Herrmann führt aus, dass hinsichtlich einer Belagerneuerung der Gemeinde wenig Hoffnung gemacht wurde. Der südliche Bahnübergang muss erneuert werden – hier ist die Chance der Belagerneuerung groß. Immer wenn Reparaturen anstehen, kann sich das Staatliche Bauamt vorstellen, einen ruhigeren Belag einzubauen.

Hr. Betz merkt an, dass ihn der Standort des roten Bücherregals stört. Herrn Betz möchte gerne als Gemeinderat hinsichtlich dieser Belange befragt werden und er bittet darum, einen anderen Standort zu finden.

Fr. Pittroff – keine Werbung in der Seeanlage. Keine Plakatierung in der Seeanlage

Frau Hölzle bittet darum den Schneehaufen von der Landsberger zur Schulstraße anzusehen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

Alexander Herrmann
Erster Bürgermeister

Beate Strohmeier
Schriftführerin